
Aussprache

Alle Menschen auf Krücken laufen lassen?

Zum Beitrag von Georg Vobruba:
Kritik am Wohlfahrtsstaat - Eine Orientierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/84, S. 461-475.

Unter Berufung auf Aristoteles wurde an mittelalterlichen Universitäten gelehrt, die Fliege habe vier Beine. Die Betrachtung einer Fliege, die deren Sechsheinigkeit unschwer offenbart hätte, wurde als unwissenschaftlich zurückgewiesen.

So ähnlich verfährt Georg Vobruba in seinen Abhandlungen über den Wohlfahrtsstaat in der August-Ausgabe der Gewerkschaftlichen Monatshefte. Lehrsatz reiht sich an Lehrsatz. Autorität um Autorität wird bemüht. Doch der Kontakt mit der Wirklichkeit wird peinlich vermieden.

Zur Lebenswirklichkeit hat Vobruba offenbar kaum Zugang. Er kann es nicht fassen, daß die Haushalte in der Bundesre-

publik zu den wohlhabendsten Haushalten in der Welt gehören und selbst die Vermögensverteilung gleicher ist, als in allen vergleichbaren Ländern. Wer so etwas feststellt, kann sich nach Vobruba nur auf skandalös fehlerhafte empirische Daten stützen.

Gewiß könnte die Einkommens- und Vermögenslage beachtlicher Bevölkerungsschichten noch besser sein als sie ist. Natürlich gibt es auch bei uns Armut. Aber gemessen an dem, was Menschen auf diesem Gebiet weltweit zuwege bringen, haben wir in der Bundesrepublik allen Anlaß zur Zufriedenheit.

Worauf wollen eigentlich Leute wie Vobruba hinaus? Mit ihrer Argumentation erwecken sie den Eindruck, als sei es ein erstrebenswertes Ziel, alle Menschen auf Krücken laufen zu lassen, nur weil einige unter uns ganz ohne Zweifel auf diese Hilfsmittel angewiesen sind.

Was erweckt ihren Widerspruch, wenn jemand wie ich fordert, die Systeme der

sozialen Sicherung für jene schrittweise abzubauen, die ihrer nicht mehr bedürfen? Daß dies erst eine Minderheit ist, wird niemand ernsthaft bestreiten. Aber mit welcher Begründung wird jemand mit einem Jahreseinkommen von 100000 Mark und mehr gezwungen, eines Tages Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung zu werden? Warum muß er Zwangsmitglied in einem System sein, das für ihn nicht konzipiert ist und das er nicht benötigt? Der einzige Grund, der hierfür anzuführen ist, ist der Gesichtspunkt der Umverteilung. Schluß mit dem ganzen Gerede von leistungsgerechten Sicherungssystemen! Die schlichte Wahrheit, die Vobruba so peinlich vermeidet, ist: Die Systeme des Wohlfahrtsstaates haben sich mehr und mehr zu Umverteilungssystemen entwickelt, denen sich niemand entziehen soll.

Hier nun liegt der Kern des Problems. Wenn umverteilt werden soll - und Umverteilung ist in einem Sozialstaat völlig legitim —, dann muß unmißverständlich geklärt werden, wer, wann, wieviel an wen transferieren soll. Gerade das geschieht jedoch im historisch gewachsenen Wohlfahrtsstaat nicht. Die Ungeklärtheit der Transferströme ist nicht nur eine Schwäche, sondern ein Skandal.

Wie ich in meinem Buch „Die verkannte Revolution“ nachgewiesen habe,

werden im heutigen Wohlfahrtsstaat schon lange nicht mehr die Interessen und Bedürfnisse der wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsschichten ausreichend gewahrt — eine Entwicklung, die nicht nur vorhersehbar, sondern geradezu zwangsläufig war.

Aus meiner Sicht ist dieser Mißstand zusammen mit anderen Mißständen nur zu beheben, wenn der historisch gewachsene Wohlfahrtsstaat den fundamental veränderten Bedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft gemäß reformiert und auf die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte vorbereitet wird. Dazu gehört es, jene von Bord gehen zu lassen, die inzwischen selbst rudern können und den Wohlfahrtsstaat auf die Bedürfnisse derer auszurichten, die seiner bedürfen. Daß dies nur unter Mitwirkung der wirtschaftlich Kräftigen geschehen kann, liegt auf der Hand. Doch es ist ein Anachronismus, diese Mitwirkungspflicht als Zwangsmitgliedschaft zu organisieren. Im modernen Wohlfahrtsstaat gibt es hierfür ungleich geeignetere Wege. Die Mannheimer Erklärung der CDU aus dem Jahre 1975 hat einen von ihnen im Zusammenhang mit der neuen sozialen Frage gewiesen. Hier müßte Vobruba noch einmal etwas genauer nachlesen.

Dr Meinhard Miegel,
Institut für Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik, Bonn